

Tessiner Aufruf zu 15-Minuten-Streik aller Bundesbeamten.

Zürcher Pöstler sind zu Kampfmassnahmen bereit

Die Zürcher PTT-Beamten wollen geeignete Kampfmassnahmen einleiten, falls der Bundesrat nicht auf die Reallohnerhöhungsverschiebung zurückzukommen. Die Tessiner Sektion des Föderativverbands der Bundesbeamten hat zu einem nationalen 15-Minuten-Streik aufgerufen.

Die Zürcher Pöstler bleiben hart in ihren Lohnforderungen. „Wenn der Bundesrat nicht bereit ist, auf seinen Entscheid zurückzukommen, die Reallohnerhöhung vom 1. Juli 1991 auf den 1. Januar 1992 zu verschieben, wird die Sektion Zürich Post der PTT-Union geeignete Kampfmassnahmen einleiten, um den berechtigten Forderungen Nachdruck zu verschaffen“, betonen die Zürcher Pöstler in einer Resolution vom Freitagabend

An der ausserordentlichen Generalversammlung der Sektion Zürich Post führte Präsident Fritz Gurtner aus, der Bundesrat begehe mit der Verschiebung Vertragsbruch und gefährde die Sozialpartnerschaft. Bei den Banken sagen sie Ja, bei uns Nein“, meinte Gurtner in Anspielung auf die vierte Hypothekarzinsrunde.

In der Resolution wird der Gesamtverband aufgefordert. Kampfmassnahmen und Aktionen zu diskutieren und einer Präsidentenkonferenz vorzulegen. Die Zürcher Pöstler seien bereit mitzumachen. Folgen einer Dienstleistungseinbusse der Post habe der Bundesrat zu verantworten.

Streikaufruf im Tessin

Die Tessiner Sektion des Föderativverbandes des Bundespersonals fordert alle Bundesbeamten zu einem fünfzehnminütigen Streik auf. Sie fasste diesen Beschluss einstimmig an ihrer Versammlung am Freitagabend in Bellinzona. Damit soll das Bundespersonal auf den Entscheid des Bundesrates reagieren, das Lohnpaket erst Anfang 1992 anstatt Mitte 1991 in Kraft zu setzten. Der Vorschlag wird der Delegiertenversammlung des Föderativverbands vom 20. November in Bern vorgelegt, wie die Sektion am Samstag weiter mitteilte. Wie und wann der Streik durchgeführt werden soll, steht noch nicht fest Die Tessiner Sektion des Verbandes, der die meisten der 7'500 im Tessin arbeitenden Bundesbeamten angehören, bezeichnete die beschlossene Verschiebung als „Verrat“ an die Prinzipien der Pflichttreue, auf denen der Arbeitsfrieden beruhe.

SoAZ, 1.10.1990.

Föderativverband > Lohnverhandlungen. SoAZ, 1990-11-01